

JÜNGERE GESCHICHTE DER DEMOKRATIE IN SACHSEN ■ Gert Pickel

Einleitung – Was ist eigentlich Demokratie?

Bereits die Meinungen über das, was Demokratie ist, gehen auseinander. Ist man sich noch einig, dass Demokratie so etwas wie Volksherrschaft bedeutet, so zeigt sich schnell, dass die Einschätzungen, wie diese faktisch auszusehen hat, differieren. Die eine sieht die repräsentative Demokratie als ihre richtige Form an und geht davon aus, dass die Gewährleistung von freien Wahlen bereits ausreichend ist, um eine Bezeichnung als Demokratie zu gewährleisten. Der andere hat größere Erwartungen. So hat sich in jüngerer Zeit in den westlichen Demokratien der Wunsch nach einem ‚Mehr an Beteiligung‘ der Bürgerinnen dahingehend durchgesetzt, dass man eine stärkere politische Partizipation der Bürger als Kernbestandteil einer Demokratie ansieht.

Demokratie ist, wenn Menschen innerhalb eines Rechtsstaates in ihren Handlungen weitgehend frei sind und sich an der Politik beteiligen können. Der Bezugspunkt solcher Wünsche ist das, was heute mit dem Begriff ‚Zivilgesellschaft‘ in aller Munde ist. Es wird davon ausgegangen, dass eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen an politischen Prozessen dem Ursprungsverständnis von Demokratie wesentlich besser entspricht, als die repräsentative Form der Herrschaftsausübung mit ihrer Delegation von Macht.

Die überwiegend positive Sicht auf Zivilgesellschaft und politische Beteiligung aus der Mitte der Gesellschaft heraus, hat in den letzten Jahren Risse bekommen. Politikwissenschaftler wissen schon länger, dass es auch dunkle Seiten der Zivilgesellschaft gibt. Die mit fremdenfeindlichen Parolen behafteten Demonstrationen verschiedener Bewegungen lassen aber nun auch in der Öffentlichkeit Zweifel aufkommen, dass alle Beteiligten der Zivilgesellschaft eine freiheitliche und offene Demokratie vor Augen haben.^[1]

Die starke Abgrenzung gegenüber anderen Menschen und Bevölkerungsgruppen weist auf eine gewisse Demokratieinkompatibilität dieser Bürgerbeteiligung hin. Mit Pegida ist die wohl als Kernbewegung dieser jüngeren Initiativen anzusehende Form bürgerlichen Protestes in Sachsen angesiedelt. So kann man sich fragen, warum der Ausgangspunkt dieser Proteste in Dresden liegt, ob dies zufällig ist, oder ob jüngere historische Entwicklungen in Sachsen ein Grund hierfür sind. Auch stellt sich die Frage, wie Kirchen und ihre Mitglieder mit diesen Bewegungen und ihren Äußerungen umgehen sollen und können.

Die Ausgangslage – die politische Entwicklung in Sachsen nach 1989

Ein solch kurzer Beitrag zur sächsischen politischen Entwicklung kann nur generelle Stränge der Entwicklung aufgreifen. Mit dem Umbruch 1989 kam es zügig zu einer Etablierung politischer Parteien nach westdeutschem Muster. In den ersten Landtagswahlen 1990 konnte die CDU sich als stärkste Kraft durchsetzen. Diese Position verteidigt sie bis heute, auch wenn sie seit 2004 Koalitionspartner hierfür benötigt werden. 2004 kam es im Freistaat Sachsen zu einer Wählerverschiebung, die beachtliche Stimmengewinne auf Seiten von als rechtspopulistisch bis rechts-extrem eingeschätzten Parteien wie der NPD, den Republikanern und zuletzt der AfD mit sich brachte. Bei den letzten Bundestagswahlen 2017 gelang es der AfD sogar die CDU in Sachsen in den Stimmanteilen hinter sich zu lassen.

| | WBT | CDU | SPD | Die Linke | F.D.P. | Die Grünen | NPD | AfD | Andere |
|-------------|------|------|------|-----------|--------|------------|-----|-----|---------|
| 1990 | 72,8 | 53,8 | 19,1 | 10,2 | 5,3 | 5,6 | 0,7 | - | - |
| 1994 | 58,4 | 58,1 | 16,6 | 16,5 | 1,7 | 4,1 | - | - | 3,6 DSU |
| 1999 | 61,1 | 56,9 | 10,7 | 22,2 | 1,1 | 2,6 | 1,4 | - | 1,3 REP |
| 2004 | 59,6 | 41,1 | 9,8 | 23,6 | 5,9 | 5,1 | 9,2 | - | 1,5 REP |
| 2009 | 52,2 | 40,2 | 10,4 | 20,6 | 10,0 | 6,4 | 5,6 | - | - |
| 2014 | 49,2 | 39,4 | 12,4 | 18,9 | 3,8 | 5,7 | 4,9 | 9,7 | - |

Abb. 1: Wahlergebnisse in Sachsen für die Bundestagswahlen 1990-2014



Gründe für diese Erfolge können eine gewisse Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit der Wiedervereinigung und das Gefühl einer sozialen Benachteiligung gegenüber den Bewohnerinnen Westdeutschlands sein.^[2] Hinzu tritt eine wachsende Unsicherheit hinsichtlich der Auswirkungen der (muslimischen) Zuwanderung. Rückgriffe auf nationalistische Formen der Identitätsbildung dienen als Mechanismus zur Bearbeitung dieser Unsicherheiten.

Sachsen ist hier kein Sonderfall, finden sich doch in den ostdeutschen Nachbarbundesländern vergleichbare Entwicklungen, wenn auch nicht überall in gleicher Stärke. Allerdings formierte sich am politisch rechten Rand eine Fundamentalopposition gegenüber der repräsentativen Demokratie. Diese oft unter dem unklaren Label der Politikverdrossenheit behandelten Phänomene der Parteien- und Politikerverdrossenheit drücken sich in zwei Reaktionsformen aus, die der amerikanische Wissenschaftler Albert O. Hirschman als *voice* (Protest) und *exit* (Ausstieg) bezeichnet. Erstere beschreibt den Protest gegen das politische System und seine Autoritäten (wie Protestwahlverhalten), letztere manifestiert sich in politischer Apathie und einer sinkenden Wahlbeteiligung.^[3]

Beide Phänomene sind der in Handlungen manifestierte Ausdruck von Problemen in der politischen Kultur. Diese betreffen stärker Politikerinnen und Parteien als die Demokratie. So empfinden 90 Prozent der Sachsen die Demokratie als gute Herrschaftsform und immerhin 60% der sächsischen Bürgerinnen sind mit der aktuellen Demokratie zufrieden.^[4] Wie diese aber auszusehen hat, da zeigen sich in der Bevölkerung Unterschiede. So wie immerhin 63% sich durchaus eine stärker autoritäre Ausprägung – im Sinne einer ‚starken Hand‘ – vorstellen können, besteht eine massive Distanz zu den gewählten Volksvertretern: Drei Viertel der Sächsinen gehen davon aus, dass die meisten Politiker nur die Stimmen der Wählerinnen wollen und sich nicht für deren Ansichten interessieren.^[5] Insgesamt kann man die Entwicklung Sachsens als eine Erfolgsgeschichte der Etablierung demokratischer Werte ansehen, welche in jüngerer Zeit durch Politikerverdrossenheit und eine steigende Offenheit für populistische Aussagen in der Bevölkerung auch auf der Ebene politischer Handlungen einen für die Demokratie in Teilen bedenklichen Niederschlag erfährt.^[6]

Die Rolle der Kirchen und der Religion

Welche Rolle spielten die Kirchen und die Religion in der politischen Entwicklung? Hier muss man zeitlich zurückgreifen. Während des Umbruchs nahmen die Kirchen eine tragende Rolle für die Durchsetzung der friedlichen Revolution ein. Sie waren als Ansprechpartnerinnen wichtig, wirkten als das, was man in den Sozialwissenschaften als ‚Gelegenheitsstrukturen‘ bezeichnet. Die Zivilgesellschaft versammelte sich in Kirchen, um den politischen Umbruch voranzutreiben. Aus diesen kirchennahen Reihen rekrutierten sich in der Folge viele Politiker. Nicht von ungefähr reicht die Verbindung zwischen einer evangelischen Kirchenzugehörigkeit und Politik in den neuen Bundesländern bis in die heutige Zeit hinein. Gleichzeitig sank die Bedeutung, der im Umbruch noch stark involvierten politischen Bewegungen mit kirchlichem Hintergrund nach 1989 schnell.

Nach der Vollendung des Nahziels ‚politischer Umbruch und Demokratisierung‘ erfolgte ein politischer Bedeutungsverlust dieser Gruppen. Reguläre Parteienpolitik mit den aus Westdeutschland bekannten Parteien ersetzte zügig die eher lose zivilgesellschaftliche Formierung der politischen Landschaft in Ostdeutschland. Auf der religiösen Ebene zeigte sich, dass man es bei vielen 1989 noch im Kirchenraum politisch Engagierten nicht mit primär religiösen Menschen zu tun hatte, sondern das die günstige Gelegenheitsstruktur (oft die einzige Struktur, die in Opposition zum politischen Regime der SED zur Verfügung stand) politisch engagierte Bürgerinnen angezogen hatte.

Letztere entfernten sich nach 1989 genauso von den Kirchen, wie sich der politische Diskurs in die klassische Parteienpolitik hinein verlagerte. Der Einfluss der Kirchen beschränkt sich in Sachsen heute vor allem auf strukturell ausgehandelte Staat-Kirchen-Verträge oder, über das Weiterwirken von Personen mit einem kirchlich-religiösem Hintergrund im politischen Spektrum, auf die persönliche Ebene. Dies bedeutet kein Ende des in den Gemeinden auffindbaren ‚zivilgesellschaftlichen Engagements‘.

Das Engagement veränderte seine Zielrichtung und soziale und sozialpolitische Fragen rückten in den Vordergrund. Neben den guten Gelegenheitsstrukturen bestärkt die Kompatibilität zwischen christlichen Überzeugungen und sozialem Handeln dieses Engagement, wie es heute z.B. in der Beteiligung von Kirchenmitgliedern in der Flüchtlingshilfe sichtbar wird.

Demokratieprobleme und Islamskepsis als aktuelle Herausforderung

Seit kurzer Zeit steht die Demokratie in Sachsen einer neuen Herausforderung gegenüber. Mit der Ausweitung religiöser Pluralisierung und der Wahrnehmung des Islam als potentiell Ursprung weltweiter Konflikte, kam es zu zivilgesellschaftlichen Abwehrbewegungen, die mittlerweile auch ihren Ausdruck in der Parteienlandschaft finden. Diese Entwicklungen finden sich deutschlandweit, besitzen aber in Sachsen – und dort speziell in Dresden – einen regionalen Schwerpunkt, der sich mit der Bewegung Pegida sowie den überdurchschnittlichen Wahlerfolgen der AfD verbinden lässt.



Unter Verweis auf demokratische Freiheitsrechte und nationale Selbstbestimmung werden öffentlich Positionen propagiert, die sich gegen Zuwanderung und Integration sowie Mitglieder einer spezifischen Glaubensgemeinschaft wenden. Unter Aufnahme von in der Bevölkerung bestehenden Ängsten hinsichtlich einer ‚Überfremdung‘ durch muslimische Migrantinnen, einer von ihnen ausgehenden Terrorgefährdung sowie Verlustängsten mit Blick auf persönlichen Wohlstand und kulturelle Eigenheit, werden rigide Abschottungsmaßnahmen gefordert. Die jüngsten ‚Flüchtlingswellen‘ sowie einzelne Ereignisse, wie die Übergriffe überwiegend marokkanischer junger Männer in Köln auf Frauen oder jugendlicher Flüchtlinge auf Passantinnen in Amberg, befördern die Rigidität dieser Forderungen.

Dabei werden in der Bevölkerung verbreitete gruppenbezogene Vorurteile und Vorbehalte gegenüber Muslimen, die durch eine stark negative Medienpräsenz des Islam und von Musliminnen verstärkt wurden, durch rechtspopulistische Mobilisierung kanalisiert. So besaßen in repräsentativen Umfragen 2010 drei von fünf Ostdeutschen eine negative Haltung zu Musliminnen und im Bertelsmann Religionsmonitor 2013 fühlten sich ein gleich hoher Anteil von Ostdeutschen (bzw. auch Sächsinen) durch den Islam bedroht.^[7] Unabhängig von der Berechtigung dieser Ängste besteht somit ein beachtliches Potential, welches mit der Konzentration auf speziell muslimische Immigration mobilisiert werden kann. Entsprechend forderten 2018 44% der Deutschen und eine vergleichbare Zahl an Sachsen eine grundsätzliche Untersagung muslimischer Zuwanderung nach Deutschland.^[8]

Dieses öffentliche Meinungsbild wird derzeit von rechtspopulistischen Bewegungen genutzt. Auch rechtsextreme Gruppierungen, welche die Ängste mit nationalistischen, ethnozentristischen und rassistischen Positionen verzahnen, sehen sich zu einer stärkeren

öffentlichen Präsenz ermutigt. Selbst wenn auf die Zahl der Einwohnerinnen in Sachsen gerechnet die Beteiligungsraten bei den entsprechenden Demonstrationen gering sind und auch die Wählerschaft der AfD immer noch eine Minderheit darstellt, hat sich ein grundsätzliches Problem in der sächsischen politischen Kultur etabliert, welches sich in einer Polarisierung zwischen den Zuwanderern zugewandten und sie teils rigide ablehnenden Personengruppen ausdrückt.

Diese scheint sich in jüngerer Zeit zu verstärken. So wichtig es ist, die Befürchtungen der Bürgerinnen ernst zu nehmen, so konsequent gilt es seitens der Politik und der Zivilgesellschaft gegenüber jenen zu sein, die selbst demokratische Regeln verletzen (sei es verbal oder durch Brandanschläge). Als zentrales Problem erweist sich die Undifferenziertheit in der Diskussion, sei es in der Betrachtung der religiösen Zugehörigkeit, sei es in der Differenzierung zwischen Islamkritik und Muslimfeindlichkeit.

Insgesamt kann man die Entwicklung Sachsens als eine Erfolgsgeschichte der Etablierung demokratischer Werte ansehen, welche in jüngerer Zeit auch auf der Ebene politischer Handlungen einen für die Demokratie in Teilen bedenklichen Niederschlag erfährt.

Fazit – Herausforderungen für die Demokratie in Sachsen und für die christlichen Kirchen

Die aktuellen Entwicklungen fordern die christlichen Kirchen zu Stellungnahmen und zu Selbstvergewisserungsprozessen heraus. Wie in der sächsischen Bevölkerung sind auch die sächsischen Gläubigen hinsichtlich ihrer politischen Überzeugungen gespalten oder zumindest unterschiedlicher Meinung. So wichtig es ist dieser Pluralität der Meinungen durch Ausgewogenheit im Diskurs Rechnung zu tragen, so bedeutsam ist es eine klare Stellung mit Bezug zu christlichen Grundprämissen zu beziehen. Aspekte wie Nächstenliebe, Toleranz und Gewaltfreiheit sind nicht zu hintergehende christliche Botschaften, die für Mitglieder einer christlichen Kirche bindend sind. Dies schließt eine generell offene Haltung zu anderen Religionen, deren Mitgliedern und Flüchtlingen ein. Es ist notwendig, ihnen offen und helfend zu begegnen und nicht mit Ablehnung und Zurückweisung. Letzteres entspricht nicht der christlichen Botschaft. Es ist eine wichtige Aufgabe aller Teile der Kirche, Diskussion und Dialog zu bestärken und zu organisieren.

Man sollte diesen Appell aber nicht falsch verstehen. Gewalt, verbale oder tätliche, ist nicht zu akzeptieren, egal von wem sie kommt. Sowohl Gewalt seitens von Geflüchteten und Menschen anderen Glaubens als auch von ‚besorgten Bürgern‘ ist zu verurteilen. Hier muss in erster Linie der Rechtsstaat dafür sorgen, dass keine rechtsfreien Räume entstehen. Auch die Erfüllung einer solchen Aufgabe ist übrigens Kernbestandteil von Demokratie (Rechtsstaatlichkeit und soziale Ordnung). Kirchen und ihren Mitgliedern kommt die Aufgabe zu, Ängste und Besorgnisse bei ihren Mitgliedern, Mitbürgerinnen und Immigranten zu mildern und sich konstruktiv mit ihnen zu beschäftigen. Angesichts der aufgeheizten Stimmungslage wird dies eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Gleichwohl ist sie eine notwendige Aufgabe.

Sie stellt sich speziell für die Christinnen und deren institutionellen Vertretern. So ist das zentrale Zuweisungsmerkmal für die, die man zurückweisen möchte ein religiöses, die Zugehörigkeit zum Islam. Bereits einmal, vor 1945 wurden Zuweisungen von Personengruppen in ähnlicher Weise vorgenommen. Eine solche Fremdzuschreibung und Zuweisung sollte also jeder Bürgerin einer Demokratie zu denken geben. An dieser Stelle muss sich auch das Christentum fragen, wie zukunftstauglich es in der Bürgergesellschaft ist und welche Werte es heute noch vertritt. Toleranz, Nächstenliebe und Offenheit sollten hierbei vor auf Sicherheit und Verteidigung gerichteten Werten stehen. Angesichts des großen zivilgesellschaftlichen Engagements im Umfeld der Kirchen muss einem in diesem Punkt vielleicht nicht so bange sein. Aber das Verhältnis zu anderen Religionen überhaupt gilt es angesichts dessen noch einmal zu durchdenken. Insofern ist die jüngere Entwicklung der Demokratie in Sachsen mit Herausforderungen für das Christentum und die christlichen Kirchen verbunden, die diese nicht ignorieren können und dürfen.

[1] vgl. Popper (1957)

[2] vgl. Pollack / Pickel (1998) S. 9-23

[3] vgl. Pickel (1992) S. 330-358

[4] vgl. Pickel (2016) S. 45-74

[5] vgl. Pickel / Pickel (2019), i.E.; Berechnungen Sachsenmonitor 2016-2018

[6] vgl. Pickel (2018) S. 61-68

[7] vgl. Pickel (2015) S. 19-56

[8] vgl. Pickel / Yendell (2018) S. 217-243; Berechnungen Sachsenmonitor 2016-2018

*„Gewalt, verbale
oder tätliche,
ist nicht zu
akzeptieren,
egal von wem
sie kommt.“*
